Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24 4509 Solothurn www.so.ch

> Bundesamt für Kultur Herrn David Vitali Stabsstelle Direktion / Internationales Hallwylstrasse 15 3003 Bern

20. März 2007

Ratifikation der UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen

Sehr geehrter Herr Vitali

Mit Schreiben vom 21. Dezember 2006 hat uns der Vorsteher des Eidgenössischen Departementes des Innern, Herr Bundesrat Pascal Couchepin, eingeladen, zur Ratifikation der oberwähnten UNE-SCO-Konventionen Stellung zu nehmen. Wir danken für die Möglichkeit zur Meinungsäusserung.

- Die UNESCO-Generalkonferenz hat am 20. Oktober 2005 das Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen verabschiedet. Damit wird eine völkerrechtlich verbindliche Grundlage für das Recht aller Staaten auf eine eigenständige Kulturpolitik geschaffen. Dieses Recht garantiert den einzelnen Staaten, souverän ihre eigene Kulturpolitik zu bestimmen.
- 2. Mit der Ratifikation der Konventionen setzt sich unser Land unmissverständlich dafür ein, die kulturelle Vielfalt des Kulturerbes als gemeinsames Erbe der Menschheit vor Gefahren zu schützen, welche ihren Ursprung in Auswüchsen des "modernen Lebens", insbesondere in einer Geringschätzung des überlieferten Kulturverständnisses besitzen.
- 3. Nationale Kulturpolitik und öffentliche Kulturförderung erhalten mit der zu ratifizierenden Konvention gegenüber drohenden wettbewerbsrechtlichen Einschränkungen eine neue Legitimität. Kulturpolitische Ziele nationaler Politik können mit internationalen Handelsabkommen in Einklang gebracht werden. Das Kernstück des Übereinkommens besteht im Recht eines jeden Staates, gesetzliche und finanzielle Massnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, die Vielfalt der kulturellen Ausdrucksformen auf seinem Staatsgebiet zu schützen. Eine gemeinsame Kulturpolitik muss auf internationaler Ebene über ein Rechtsinstrument verfügen, das den Doppelcharakter kultureller Waren und Dienstleistungen mit hinreichender Deutlichkeit zum Ausdruck bringt und der Gefahr vorbeugt, dass man diese Waren und Dienstleistungen allein durch die Brille des Handelsrechts betrachtet.

2

4. Traditionell treten wir in allen Bereichen der Kultur ein für den freien und ungehinderten Aus-

tausch über sämtliche Grenzen hinweg. Dieser kulturelle Austausch, die Freizügigkeit von Kulturschaffenden und der freie Wettbewerb von Künstlern gehören zu den vornehmsten Traditionen

unserer Kulturpolitik. Diese Freiheiten lassen sich mit der Systematik handelspolitischer Liberali-

sierung allein allerdings nur sehr unzureichend erfassen. Mit der Annahme der Konvention, die

den Grundstein für das künftige Recht in einer globalisierten Erde legt, wird die Entschlossenheit

dokumentiert, die bestehende kulturelle Vielfalt vor den Gefahren zu schützen, welche unter an-

derem die Auswüchse des Freihandels für den freien Umgang mit kulturellen Ausdrucksformen

zur Folge haben können. Mit der Weigerung, das reiche Kulturerbe einer Nation, eines Volks

oder einer Gruppe von Menschen kurzfristigen und einseitigen Wirtschafts- und anderen Interes-

sen zu opfern, verleiht die internationale Gemeinschaft der Kultur Nachhaltigkeit.

5. Internationaler Austausch und faire Bedingungen – beide Stichworte führen schliesslich zu einem

weiteren wichtigen Aspekt des Schutzes kultureller Vielfalt: zur entwicklungspolitischen Komponente, die diesem Schutz eigen ist. Wir befürworten daher auch die entwicklungspolitischen Intentio-

nen, die in der UNESCO-Konvention enthalten sind.

6. Wir besitzen einen dynamischen Kulturschatz, Frucht einer nahtlosen Geschichte und einer den

Erdball umspannenden Geografie. Es ist wichtig, die Freiheit des Kulturschaffens im Allgemeinen

und ihre vielfältigen Ausdrucksformen zu fördern und zu schützen. Wir teilen daher die Ziele der

Konvention und die Mechanismen, die für deren Umsetzung auf nationaler Ebene vorgesehen

sind, und nehmen befriedigt zur Kenntnis, dass gemäss Ihrer Botschaft die Ratifikation und die Umsetzung der Konvention keine Veränderungen auf gesetzgeberischer Ebene bedingt.

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.

sig.

Peter Gomm Landammann Dr. Konrad Schwaller

Staatsschreiber